

Rheinsalinen

Lager für Streusalz sind gut gefüllt

REINFELDEN/VADUZ Die Schweizer Rheinsalinen, an denen auch Liechtenstein beteiligt ist, sehen sich für den kommenden Winter gewappnet. Die Streusalzlager sind gut gefüllt. Nach einer technischen Panne produzieren die neuen Kompressoren der Saline Rübarg in Rheinfelden mit voller Kapazität das für die kalte Jahreszeit notwendige Streusalz. In den eigenen Lagern liegen bereits 120 000 Tonnen Streusalz, wie die Schweizer Rheinsalinen am Mittwoch mitteilten. Nach Abschluss der Sommerauffüllung würden bis Ende Oktober an die 140 000 Tonnen Streusalz bei den Kantonen und Gemeinden lagern. Bis Anfang des Winters seien auch die Lager der Rheinsalinen mitsamt des neuen Holzkuppelbaus «Saldome 2» mit rund 180 000 Tonnen Streusalz gefüllt. Damit verfüge man über eine Reserve von mindestens 320 000 Tonnen Streusalz. Das sei deutlich mehr als in den vergangenen Jahren. Bei einer Grossrevision der Anlagen in Rübarg waren die beiden seit rund 40 Jahren in Betrieb stehenden Dampfkompressoren mit neuen Kompressoren ersetzt worden. Während der Testphase vor einem Jahr traten jedoch technische Probleme auf. Diese sind mittlerweile behoben. (red/sda)

Unaufmerksam

Autofahrerin rammt Eisenpfosten

SCHAAN Eine Autofahrerin hat am Mittwoch in Schaan auf einer Nebenstrasse eine Fahrbahnverengung nicht wahrgenommen und ist gegen einen Eisenpfosten geprallt. Die Wucht des Aufpralls liess das Fahrzeug auf die linke Seite kippen. Die Lenkerin sowie der mitfahrende elfjährige Knabe wurden beim Unfall verletzt. Der stark beschädigte Wagen musste laut Polizei abgeschleppt werden. (red/sda)



Die Lenkerin sowie der mitfahrende Elfjährige wurden verletzt. (Foto: LPFL)

Harry Quaderer will rechtsextreme Aktivisten aus dem Verkehr ziehen

Widerstand Seit Monaten ist die rechtsextreme «Europäische Aktion» in Liechtenstein aktiv und schürt mit ihren Flugblättern den Fremdenhass. Der Landtagsabgeordnete Harry Quaderer fordert nun Konsequenzen.

VON MICHAEL BENVENUTI

«Es kann nicht sein, dass wir es zulassen, dass die Bürger Liechtensteins mit rechtsradikalem Schund erster Güte durch Briefkastenwurfsendungen eingedeckt werden. Da nur kopfschüttelnd zuzusehen, ist zu wenig.» Mit einem flammenden Appell gegen die rechtsextreme «Europäische Aktion» (EA) meldete sich Harry Quaderer am Mittwoch zu Beginn der September-Sitzung des Landtags zu Wort. Gleichzeitig rief der unabhängige Mandatar Landtag und Regierung zum unverzüglichen Handeln auf. «Herr Landtagspräsident: Ich bitte Sie, am Ende der Landtags-sessions ein Statement zu verlesen, welches dieser Bewegung zeigt, dass dieses Gedankengut keinen Platz in der liechtensteinischen Gesellschaft hat. Wir sind gegen Rechtsradikalismus, wir sind gegen Holocaust-Leugner, wir sind gegen Rassismus, wir sind gegen das Gedankengut der Europäischen Aktion.» Die Regierung forderte Quaderer auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, «dass man solchen Personen den Teppich unter den Füssen wegzieht und sie falls notwendig durch Gesetzesänderungen aus dem Verkehr zieht». Wenn man die jüngsten Flugblattaktionen der «Europäischen Aktion» betrachte und dann auch noch die Ansprüche des liechtensteinischen Landesleiters, welche dieser anlässlich des «Europafestes» der EA in Odilienberg hielt, fühle man sich in eine

«Ich erwarte, dass man solchen Personen den Teppich unter den Füssen wegzieht.»

HARRY QUADERER
 UNABHÄNGIGER ABGEORDNETER

Zeit versetzt wie vor 70 Jahren, zeigt sich Harry Quaderer empört.

Wie das «Volksblatt» exklusiv berichtete, wurden am vergangenen Wochenende in zahlreichen Haushalten Liechtensteins erneut Flugblätter der rechtsextremen «Europäischen Aktion» verteilt. Die gewohnt in Blau und Gelb gehaltene, vierseitige Schrift wirbt für die «Repatriierung aussereuropäischer Auswanderer». «Wir wollen das Ende der Ein-

wanderung aus anderen Erdteilen und werden Programme für die Rückwanderung von Fremdkontinentalen erstellen, heisst es auf der Titelseite des EA-Flugblatts. Konkret wird gefordert, «dass alle entwurzelten Einwanderer wieder in ihr Heimatland zurückgeführt werden müssen (...) Wer dieses Angebot jedoch willentlich nicht annehmen und der Aufforderung nach Rückreise nicht nach-

kommen will, muss mit Zwangsmassnahmen rechnen».

Keine Ermittlungen gegen die EA

Trotz dieser offensichtlichen Drohung verstossen die Hintermänner der EA nicht gegen geltendes Recht in Liechtenstein, wie der Leitende Staatsanwalt Robert Wallner dem «Volksblatt» bestätigte: «Im Zusammenhang mit der Verteilung der Flugblätter der «Europäischen Aktion» sind bei der Staatsanwaltschaft keine Strafverfahren anhängig. Aus dem Inhalt der uns bekannten Flugblätter ergab sich kein Verdacht des Vergehens der Rassendiskriminierung nach § 283 StGB.»

Dank «Volksblatt»-Recherchen ist mittlerweile zumindest geklärt, wer in Liechtenstein das Amt des EA-Landesleiters bekleidet: Oliver Hasler aus Nendeln. Der 23-jährige Unterländer hielt am 8. September beim «Europafest» der EA in Odilienberg eine Ansprache, die gemäss EA-Homepage bei den Gessinnungsgenossen «besondere Beachtung» er-

fahren hat. Festredner in Odilienberg war der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub.

Bis zu zwei Jahre Haft

Strafgesetzbuch

Paragraf 283, Rassendiskriminierung

- 1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren ist zu bestrafen, wer
 1. öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufreizt,
 2. öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind,
 3. mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,
 7. sich an einer Vereinigung als Mitglied beteiligt, deren Tätigkeit darin besteht, Rassendiskriminierung zu fördern oder dazu aufzureizen.

In meiner Funktion als Pressesprecher des Bundesverbandes der Wirtschaftsberater Deutschlands (BVV) bin ich oft in unserem grossen Nachbarland unterwegs. In den unzähligen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen sowie an Meetings mit Klienten und Steuerberatern vor Ort habe ich die letzten Monate eine Zerteilung Deutschlands erlebt. Dabei hat Liechtenstein insgesamt gute Noten erhalten. Während im Norden zum Thema Eurokrise sozusagen weiterhin eine stoische Ruhe herrscht, ist der Mittelstand im Süden alarmiert. Berlin scheint aus der eigenen Geschichte und der Tatsache, so viele Schicksalsschläge überlebt zu haben, Kraft und Ruhe zu schöpfen. München und Umgebung hingegen lässt eine Unruhe erkennen - gar die Befürchtung, es werde bald auf den Strassen demonstriert - was stark in Kontradiktion mit der bayerischen Gemütlichkeit in Lederhosen steht. Was sind die Gründe? Es schrieb mir unlängst ein Kollege aus dem Freistaat: «Zu meinen auswanderungswilligen Kunden: Die eine hat sich nun entschlossen, hier in München mit dem Geld Wohnungen zu kaufen, sie bleibt also hier. Der andere ist leider schon wieder umgeschwenkt. Er wollte in den letzten 15 Jahren schon nach Monaco, Österreich, in die Schweiz, nach Luxemburg, Italien und dann hat das Ganze, glaube ich, wieder von vorn angefangen.» Die Reaktion dieser Klienten ist symptomatisch: Die einen machen einen Punkt und schliessen das

Thema ab. Die anderen verfallen immer wieder in Unrast. Gemeinsam ist beiden: Sie reagieren auf die «Daumenschrauben» des Fiskus mit dem Blick gen Süden, Richtung unsere Alpen. Während also im Gespräch mit den Fachexperten des Nordens die Themen Immobilien, Regionalplanung, gefestigter Mittelstand und eigentlich Business as usual sind, fällt im Süden auf, dass praktisch jeder im zweiten Satz von diesem Auswanderungswillen berichtet.

Liechtenstein?

Da war doch was ...

Das legendäre Treffen von Prinz Stefan, Botschafter Liechtensteins in Berlin, mit Bundeskanzler Schröder, als es um die Aufnahme von Steuergesprächen ging, ist bekannt: «Liechtenstein, da war doch was ...?», soll Gerhard Schröder gesagt haben. Er kannte unser Land schlichtweg kaum und wusste wenig über die wahren Gegebenheiten. So war ich sehr verwundert, dass in Berlin auch heute noch, nach bald zehn Jahren aktiven Wandels, nach TIEA und DBA, und nach grossen Marketinganstrengungen viele Berufskollegen in Berlin schlichtweg gar nichts mitbekommen haben vom grossen Druck, dem unser Land ausgesetzt war (und ist). Das Wiehern der Steinbrückchen Kavallerie war wohl doch zu wenig laut gewesen ...

A Schwäble kann koi Englisch

Im Süden hingegen wurde mir klar beschieden, dass Schweiz und

Gastkommentar

Deutschland-Report: Warum wir das DBA dringend brauchen



MARCELLO SCARNATO*

WIRTSCHAFTSBERATER

Liechtenstein eine Option seien. Als Pragmatiker in solchen Sachen war mir aber bewusst, dass nach wie vor im Detail wenig über Liechtensteins neues Steuergesetz bekannt ist. Die Steuer- und Wirtschaftsberater Deutschlands haben denn auch alle Hände voll zu tun mit den praktisch täglich erscheinenden «Nicht-Anwendungs-Erlassen», welche das Bundesfinanzministerium jeweils herausgibt, wenn ein findiger Berater eine Lücke durchprozessiert und erfolgreich für seinen Klienten genutzt hat. «A Schwäble kann koi Englisch»: Damit meinte ein Kollege treffend, dass aus sprachlichen Gründen wohl unser Land klar den Vorrang hat vor Malta und ähnlichen Destinationen. Das stimmt positiv - besonders in Verbindung mit der Tatsache, dass unser Ruf gar

nicht so schlecht ist, wie man immer meint. Das sind die Hexenbilder der Wahlkämpfer. Herr und Frau Deutsch kommen immer noch sehr gern nach Liechtenstein, in die Alpen überhaupt.

Synthese der Jurisdiktionen

Von allen Seiten erfuhr ich Lob über Liechtensteins neues Steuergesetz. Als geniale Synthese der europäischen Steuerjurisdiktionen wurde es bezeichnet, als smart, slim sowie beidenswert kurz und treffend. Und die Mitte Deutschlands? Die Franken fragten mich geradeheraus: «Ab welchem Betrag macht es Sinn, die Gestaltungsmöglichkeiten einer sogenannten Cash GmbH via Liechtenstein zu nutzen?» Gemeint ist damit das Gestaltungsinstrument, das bislang verwendet wurde, um auch Liquidität schenkungssteuerfrei zu übertragen. Wer soll es den deutschen Kollegen verargen, dass sie für ihre Klienten versuchen, die bislang noch als «Dummsteuer» titulierte Erbschaftsteuer zu vermeiden? Legal, versteht sich!

Fazit: Der 12-Prozent-Schlaf

«Deutsche wollen immer noch Steuern sparen, jetzt halt legal» - so die prägnanten Worte eines Kollegen. Damit fokussiert er die Debatte letztlich auf ihren Kern: Es brauche immer zwei Seiten. Nicht nur die Steueroase, sondern auch den «Durstigen». Aber dieses Modell stammt aus den tempi passati. Heute ist es ganz einfach so - und dieses Argument zieht: Bei einer Er-

tragsbesteuerung von grundsätzlich 12,5 Prozent - nach Abzug wirklich aller leistungsbezogenen Aufwände - kann ein Deutscher, der sich unternehmerisch nach Liechtenstein verlegt, wirklich gut schlafen. Aus zwei Gründen: Erstens ist es legal, zweitens können es mit dem sogenannten Eigenkapitalzinsabzug sogar 10 Prozent Durchschnittssteuern werden. Aber dazu braucht es eben das DBA mit Deutschland. Denn nur dieses macht uns Liechtensteiner zu EU-Partnern auf Augenhöhe und vermeidet die jeweils maximalen und damit bewusst prohibitiven Besteuerungssätze nach dem deutschen Aussteuerungsgesetz (Wegzugsbesteuerung). Das DBA muss noch von Bundestag und Bundesrat Deutschlands ratifiziert werden, damit es am 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Die jüngste Amtsreise von Regierungschef Tschüttscher nach Deutschland und die erwirkte Unterstützung vom rheinlandpfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck hat sicher geholfen - es braucht aber noch mehr solchen Lobbyings, die Zeit drängt!

*Dr. oec. HSG Marcello Scarnato berät seit über 25 Jahren Firmen aus dem KMU-Bereich. Mit seiner Kanzlei für Wirtschaftsberatung in Triesen und mit seinen Partnern der Vaduzer Transfina Group of Companies ist er an den Standorten Vaduz, München, Zürich, Mailand und Budapest aktiv.

Das «Volksblatt» gibt Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äussern. Diese muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.